

Berliner Tageblatt



Nr. 98

und Handels-Zeitung

Montag, 27. Februar 1928

Geschäftsführer: Theodor Wolff in Berlin

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin

Die heutige Regierungserklärung.

Keine Befristung des Notprogramms?

Neue Versuche, die Wahl zu verschleppen.

Nachdem sich das Reichskabinett am Sonntag über die Grundzüge der heutigen Regierungserklärung im Reichstag einig geworden war, trat am gestrigen Sonntag ein Redaktionskomitee unter dem Vorsitz des Vizekanzlers Herzig zusammen, um den Wortlaut der Erklärung festzulegen. Dieser Wortlaut ist dem Kabinett, das heute vormittag 11 Uhr wiederum unter dem Vorsitz Herzigs zusammentrat, vorgelegt worden. Das Kabinett hat, wie wir hören, an verschiedenen Stellen der vorgelegten Erklärung Änderungen vorgenommen.

Am einzelnen wird die Regierungserklärung aus drei Teilen bestehen: Einleitend wird zunächst über die Entwicklungsgeschichte der Krise und die heutige Lage ein Ueberblick gegeben werden; Sodann wird auf die einzelnen Punkte des Notprogramms, die bekannt sind, eingegangen, und schließlich an den Reichstag die Aufforderung gerichtet werden, das Notprogramm möglichst schnell zu beschließen. Ein Termin, bis zu dessen Ablauf der Reichstag das Programm erledigt haben muß, wird aller Voraussicht nach nicht angegeben werden. Gerade das Fehlen einer derartigen Befristung, das eine Dinamisierung der Wahlen ermöglichen würde, würde nicht nur bei der Opposition, sondern auch bei einigen der bisherigen Regierungsparteien scharfer Ablehnung begegnen.

Es bestätigt sich, daß die Regierung das gesamte Notprogramm als ein unteilbares Ganzes behandeln will und ein Scheitern auch nur des kleinsten Teiles aus der landwirtschaftlichen Notlage als entscheidende Rückwirkungen nach sich ziehen soll. Gegen diesen Versuch das landwirtschaftliche Hilfsprogramm in der vielfach beabsichtigten Form, die der Reichsernährungsminister Schiele gemäß hat, dem Parlament gegenüber mitteilen zu lassen, wird die Opposition, die sich vornehmlich aus den Sozialdemokraten, den Kommunisten und den linken Sozialdemokraten zusammensetzt, nicht nur die Befristung des Notprogramms, sondern auch die Befristung der Wahlen ablehnen. Wenn der größte Teil der Stimmen für die Landwirtschaftshilfe aus dem Ertrage der Zölle entnommen werden soll, so erhebt sich die Frage, wie die Regierung bei ihren künftigen Handelsvertragsverhandlungen

freien Spielraum haben soll, und wie man sich die Verhütung und auch gerade im Interesse der Landwirtschaft notwendige Senkung der Zölle vorstellen kann.

Ob unter diesen Umständen die Entscheidung aller dem Reichstag noch vorliegenden Arbeiten, an deren Spitze die Fertigstellung des neuen Reichshaushalts steht, sich bis zum 31. März erledigen lassen wird, erscheint im Augenblick noch sehr zweifelhaft. Die eventuellen Versuche der Rechten, die Beratungen über diesen Termin hinaus auszudehnen und so auch den

Fürst Sichnowsky †

Der ehemalige deutsche Botschafter in London, Fürst v. Sichnowsky, ist, wie wir erfahren, gestern auf seinem Schloß in Aukrusta, kurz vor Vollendung des 68. Lebensjahres, gestorben.

In Aussicht genommenen Wahltermin neuerdings zu veröffentlichen, würde bei der Opposition auf stärksten Widerstand stoßen. Man darf wohl annehmen, daß das Prinzip „ganz oder gar nicht“, das die Regierung für ihr Notprogramm aufrechterhalten lassen wird, sondern, daß die Regierung und auch die Deutschnationalen sich schließlich damit abfinden werden, die Landwirtschaftshilfe zu nehmen, die angeht, der allgemeinen Finanzlage des Reiches zu verantworten ist.

Ob in der heutigen Sitzung die Aussprache über die Regierungserklärung sofort beginnen wird, oder ob sich das Haus zunächst einmal vertagt, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu dem Inhalt der Regierungserklärung Stellung zu nehmen, steht noch nicht fest. Als erster Redner aus dem Hause wird der sozialdemokratische Abgeordnete v. Steupner sprechen. Für die Deutschnationalen Volkspartei ist Graf Westarp als Redner angetreten, für das Zentrum gleichfalls der Fraktionsvorsitzende, Abgeordneter v. Guérard. Den Standpunkt der Demokraten wird der Abgeordnete Dietrich-Baden vertreten.

Im Laufe der Debatte wird morgen oder übermorgen auch der Reichsernährungsminister Schiele zu dem Notprogramm für die Landwirtschaft das Wort nehmen.

Die höhere Treue des S. C.

Von Rudolf Olden.

In dem berühmten Korpsstudentenroman von Rebing „Sagor-Ruffen“, einem Buch, das wohl jeder junge Korpsstudent gelesen hat, gibt es eine Szene, die unheimlich charakteristisch ist für die korpsstudentische Staatsauffassung. Das „tolle Jahr“ 1848 hat auch Heidelberg in Bewegung gesetzt, und in einer Kneipe, in der traditionellen Studenten mit Heidelberger Bürgern zusammenstehen, kommt man auf die Politik zu sprechen. Unter den Trägern des weißröthlich-schwarz-weißen Bundes, dieser Gemeinschaft, die nach Rebing's Schilderung Aristokraten aller Länder vereinigt, ist auch ein Amerikaner, Sohn eines millionenschweren Großfarmers oder Viehzüchters. An diesen Republikaner wenden sich in der Diskussion über die politischen Ereignisse die aufgeregten Bürger und sprechen die Erwartung aus, daß er als Bürger eines freien Landes doch Sympathien für die revolutionäre Bewegung in Deutschland haben müsse. Worauf sie von dem Widwetter mit dem hohen weißen Stürmer etwa folgende Belehrung empfangen: Die Grundaufgabe des Korpsstudenten gegenüber dem Staat sei Korrektheit und Anerkennung des Bestehenden. So wie er, werde er erst wieder heimgeführt sein, seine Bürgerpflicht gegen die monarchistische Bedrohung der Vereinigten Staaten tun werde, so teile er, solange er in Deutschland sei, restlos die Auffassung seiner Korpsbrüder, die jede Veränderung der dynastischen Regierungsformen dieses Landes ablehnten.

Ich kann die kleine Szene nur aus dem Gedächtnis wiedergeben, aber sie entspricht, wie ich sie hier erzählt habe, ihrem Sinn nach durchaus dem, was vor dem Kriege beim S. C. als Erziehungsmaxime gegenüber seinen Mitgliedern galt. In einem ziemlich weitgehenden Maße wurde politische Haltung und Betätigung als Privatangelegenheit behandelt; moralische und rituelle Eigenschaften sollten bei den Aktiven geübt werden, wohin sich aber der „Alte Herr“ dann im öffentlichen Leben wende, das wurde offiziell zum mindesten — nicht beachtet. Eine Anekdote, deren historische Treue ich nicht behaupten kann, wurde schon in der Hochschulleitung gelegentlich verwendet. Ein herbortragender Führer der Sozialdemokratie, ich glaube es war Liebknecht, natürlich der ältere, habe als Student zwei Adlener Korps angehört. Als der große Volksmann nun starb, entfiel bei seinen „Müden“ eine Debatte darüber, wie man sich anlässlich des Leichenbegängnisses zu verhalten habe. Aber nach kurzer Ueberlegung wurde der Entschluß gefaßt, hier wie in jedem anderen Falle zu handeln. Da er die Leiche bis zuletzt behalten hatte, so wurden Chargierte in Wachs und mit Schläger zum Begräbnis entandt und haben dort wahrscheinlich eine etwas leibliche Figur gemacht, aber sich gewiß höchst korrekt benommen. Es war der „Alte Herr Liebknecht“, dem man die letzte Ehre erwies, dessen persönliche Ehrenhaftigkeit nie bezweifelt worden war und der, worauf man sich also verlassen konnte, sicherlich nach seiner Ueberzeugung gehandelt hatte, die seine Korps nichts anging.

Wenn es nach dem Willen v. Herzbergs, Sargoniae Göttingen geht, so soll das also jetzt anders werden, ja es ist wohl auch schon vielfach anders geworden, und dieser alte Korpsstudent, den man unwürdiger Weise zum Selbstredner auf dem Kommerz in der Zukunft bestimmen hat, war nur läppisch genug, anzuplundern, was diesen anderen Alten Herren unausgesprochen im Herzen moht, allerdings in manchem auch höchst peinlich war, zu hören. Man macht sich im allgemeinen keine entsprechende Vorstellung von der Bedeutung des S. C. für Akademikern und Beamtenschaft, von dem sehr großen Einfluß, den diese Bindung mit allen ihren Folgen persönlicher Bekanntschaft und Freundschaft auf das Schicksal unseres Volkes ausübt. Fast ein Jahrhundert unangefochtener Führung im studentischen Leben hat die Mitglieder des mächtigen Verbandes auf nahezu allen Gebieten akademischer Laufbahn in hervorragende Stellung gebracht. Ich wiederhole, man weiß im allgemeinen nicht, wie weit diese Durchdringung gegangen ist und noch geht, und selbst Männer, die von Beruf wegen Verwaltung oder Justiz, Diplomatie oder Hochschule beobachtet, ahnen sehr oft nicht, wie viel an Empfindung und Förderung auf korpsstudentischen Zusammenhalt zurückzuführen ist.

Was ist es, was dieser Rawling am Mittwoch seinen alten und jungen Kneipen genossen angegriffen und was die „Deutsche Zeitung“ mit gewohnter Selbstbehauptung weitergegeben hat? Nach dem Umfuge des Reichs, „mühten die Korps jetzt unbedingend in ihren Reihen Politik treiben. Aus Angst vor der Masse, aus feiger Furcht vor dem Auslande, aus Liebedrängerei und Knechtseligkeit hätten wir durch die Dames-Verträge die wirtschaftliche Verfallung vollzogen, hätten wir unter Streifemans Führung und Luthers Beihilfe in Locarno über den Schandvertrag von Versailles hinaus deutsches Blut im Glase verraten, und unser letztes Gut, die deutsche Ehre, vertan.“ Das ist das übliche Katastrophenprogramm, das vielleicht für Desperados wie Ehrhard oder den Oberleutnant Schulz paßt, sich aber höchst merkwürdig anhöret im Kreise wohlgenährter Smokingträger, die auch wieder im Senat führen, gerühmt leben und ihre Söhne in führende Positionen bringen wollen. Auch der reichste Genus von Bier, wie er bei einem Kommerz blüht ist, kann die Unwohligkeit und Unheiligkeit nicht einschüchtern, die darin liegt, daß man am Tag im Auswärtigen Amt oder im Ministerium des Innern fleißig Dienst macht, am Abend aber ohne Widerspruch oder gar mit enthusiastischer Zustimmung solche „Irland-Reden“ mitanhört.

In Erwartung der Rede Mussolinis.

Stellungnahme zur Wiener Südtirol-Debatte

Die Wiener Zeitungen in Mailand und Triest beschlagnahmen.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

St. Rom, 27. Februar. Mit außerordentlicher Spannung sieht man der heutigen Nummerierung entgegen, in der bereits die Südtiroler Frage zur Debatte stehen wird. Nach Erledigung der Geschäftsordnung wird die schon erwähnte Interpellation mehrerer Abgeordneter eingebracht werden, die Mussolini Veranlassung geben dürfte, seine Stellungnahme zu den Vorgängen im Wiener Nationalrat zu präzisieren. Möglicherweise wird Mussolini die Interpellation schon heute beantworten, auf alle Fälle aber am Dienstag. Wie der Tenor seiner Rede sein wird, darüber gehen die Meinungen sehr auseinander, zumal man bei dem Temperament des Duce mit Ueberfahrungen rechnen muß. Zudem wird der politische Barometerstand stark beeinflusst werden von den Informationen des Gesandten Auriti, der heute aus Wien hier eintrifft. Ob Auriti wieder auf seinen Posten zurückkehrt oder durch eine andere Verantwortlichkeit ersetzt wird, ist zurzeit noch nicht zu beurteilen, da auch in diesem Falle alles auf den Bericht des Gesandten ankommt. Was die Presse angeht, so verzieht sich das Bild der politischen Polemik mehr und mehr. Man sieht jetzt auch Deutschland in die Debatte, denn Seipels Haltung bewirkt deutlich, daß er jenen unvereinbarsten politischen Gruppen nachgeben habe, deren Programm und Ziele über die Einzelfrage weit hinausgehen. Auch in London habe man das sofort erkannt. Die Quellen, die solche Annahme rechtfertigen könnten, werden von der Presse aber verschwiegen.

Z. Wien, 27. Februar.

Der großdeutsche Tiroler Nationalratsabgeordnete Dr. Straffner gab dem Herausgeber der „Korrespondenz Herzog“ folgende Erklärung ab: „Die zahlreichen Telegramme, die in den letzten Tagen an die Tiroler Abgeordneten gelangt sind, beweisen uns klar, daß nicht nur Österreich und Deutschland, sondern auch viele Staaten in England, Amerika und den nordischen Staaten auf unserer Seite sind und mit unserem Kampfe für die Zurückführung der primitivsten Menschenrechte an unsere Stammesgenossen jenseits des Brenners sympathisieren. Italien sieht heute bereits, daß die Deutschen in Österreich in der Südtiroler Frage nicht allein stehen, sondern daß sie die Mehrheit der öffentlichen Meinung in allen Kulturstaaten hinter sich haben. Durch die Aufhebung der Südtiroler Frage im österreichischen Nationalrat wurde das Problem zu einem Weltproblem, und es zeigt sich, daß die Kulturwelt an der völligen Unterdrückung einer Minderheit

nicht mehr gleichgültig vorübergehen kann und will. Was der Besetzung des Wiener italienischen Gesandten, Auriti, nach Rom behufs Berichterstattung an Mussolini betrifft, so glauben wir nicht an diplomatische Vermittelungen. Sollte es jedoch wider Erwartung zu solchen kommen, so würde es sich gar bald herausstellen, daß die Welt auf Seiten der Südtiroler ist, die trotz vielerlei Versicherungen vom offiziellen Italien unterdrückt wurden, und denen ganz offen der Vernichtungsplan angesetzt wurde. Wir haben im Nationalrat und im Tiroler Landtag lediglich Zufälle für unsere Behauptungen angeführt. Wir haben keine Lust, uns irgendwie in italienische innerpolitische Angelegenheiten zu mischen. Wir haben aber das Recht und die Pflicht, das Weltgefassen anzurufen angesichts des Ausrottungsplanes, der in Südtirol gegen unsere Väter seitens der fascistischen Mächteherge führt wird.“

Ein Triester Montagblatt bringt die Meldung, daß mit demselben Tage, mit dem der Gesandte Auriti, Sonntag nach Wien nach Rom fuhr, auch ein hoher Funktionär des österreichischen Außenministeriums sich nach Rom begeben habe, um dem österreichischen Gesandten am Duxinal Informationen der Wiener Regierung zu überbringen. Wie das Bundeskanzleramt dazu mitteilt, ist diese Nachricht erfunden. Die österreichische Regierung hat keinen Anlaß gehabt, einen ihrer Beamten nach Rom zu entsenden. Dagegen scheint sich die Nachricht zu bestätigen, daß sämtliche Wiener Zeitungen vom Freitag und Sonnabend, die über die Südtiroler Debatte berichteten, in Mailand und in Triest in den Briefkasten beschlagnahmen wurden.

Reisende, die gestern aus Innsbruck hier eintrafen, brachten Gerüchte nach Wien mit, wonach es angeblich auf dem Brenner zu Beschimpfungen und heftigeren politischen österreichischen und italienischen Grenzschärfen gekommen sein sollte. Eine Anfrage beim Innsbrucker Landesoberbaurat meldete und bei den Bahnbehörden hat die völlige Unrichtigkeit dieser Gerüchte ergeben.

Genf, 27. Februar.

In einer Besprechung der Südtirolfrage erinnert die „Neue Zürcher Zeitung“ an die von Tittoni am 27. September 1919 in der italienischen Kammer abgegebene Erklärung, in der er betonte, daß Italien zwar nicht durch einen Völkerrechtsvertrag zur Achtung der Freiheit, der Sprache, Religion, Kultur und Schulen der deutschen Südtiroler verpflichtet sei, daß aber wegen der liberalen Ueberlieferungen Italiens eine große moralische Verpflichtung hierzu bestehe, und daß Italien die Sprache und kulturellen Einrichtungen der mit ihm vereinigten Völker anderer Nationalität achten werde. Weiter erinnert das Blatt daran, daß die Alliierten auf einen Protest der österreichischen Regierung mit einem Hinweis auf die vom italienischen Vizepräsidenten in der Kammer abgegebene Erklärung erwidert haben, wonach die italienische Regierung gegenüber den deutschen Südtirolern eine weitgehende liberale Politik befolgen werde.